

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5052

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5052



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

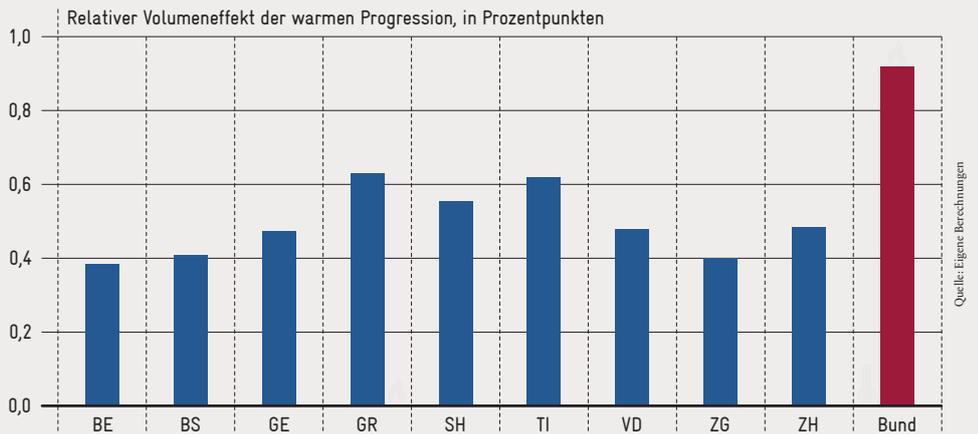
Warme Progression

Aufgrund der warmen Progression steigt die Steuerlast der Haushalte automatisch schneller als die Löhne. Die Effekte gehen schnell in die Milliarden und lasten auch auf dem Mittelstand.

Ausgangslage

Mit progressiven Steuern wird erreicht, dass einkommensstärkere Haushalte überproportional zur Finanzierung des Staats beitragen. Ein Nebeneffekt davon ist, dass so die Steuerquote im Laufe der Zeit mit der gesamtwirtschaftlichen Erhöhung der Löhne steigt. Der inflationsbedingte Teil dieses Anstiegs, die kalte Progression, wird von Bund und Kantonen kompensiert. Die warme Progression – die Folge des Anstiegs der durchschnittlichen Reallöhne – hingegen nicht. Diese Steuererhöhungen sind schleichend, intransparent und schlecht legitimiert. Ein Ausgleich der warmen Progression wäre technisch gesehen einfach, das Interesse der öffentlichen Hand daran scheint aber gering.

Relativer Effekt beim Bund etwa doppelt so gross wie bei den Kantonen



Die Säulen zeigen, inwieweit ein gesamtwirtschaftlicher Reallohnzuwachs die Steuerlast überproportional erhöht. 0,5 bedeutet, dass ein Reallohnzuwachs von 1% die Steuerlast um 1,5% erhöht. Die Einkommenssteuern des Bundes sind progressiver als die kantonalen, daher ergibt sich für diesen auch ein höherer relativer Volumeneffekt der warmen Progression.

Facts

2,52 Mrd. Fr.

Zwischen 2010 und 2020 stiegen die schweizerischen Reallöhne im Schnitt um 8,43%. Für alle drei Staatsebenen zusammen ergibt sich daraus im Jahr 2020 eine warme Progression von 2,52 Mrd. Franken.

■ **Der Effekt auf Bundesebene:** Hier steigt die Steuerlast zwischen 2010 und 2020 mit 16,2% fast doppelt so stark wie die Reallöhne (8,43%). Damit fällt der Anstieg um 800 Mio. Fr. höher aus als bei einer bloss proportionalen Zunahme. Das ist der Effekt der warmen Progression.

■ **Die Kantone und ihre Gemeinden:** 2020 lag das Volumen der Einkommenssteuern hier bei 47 Mrd. Fr. (vs. 12,1 Mrd. beim Bund). In den Kantonen erhöht das genannte Reallohnwachstum die Steuerlast um durchschnittlich 12,5%. Daraus ergibt sich ein Effekt der warmen Progression von 1719 Mio. Franken.

■ **Verteilungseffekte:** Die warme Progression beeinflusst nicht nur das Volumen, sondern auch die Verteilung der Steuerlast: Der Anteil des Mittelstands steigt, jener der reichsten Haushalte sinkt. Grund: Immer mehr Haushalte rutschen in die höchsten Tarifstufen.

■ **Falsche Kompensation:** Falls die öffentliche Hand die Mehrerträge nicht ausgibt, finanziert sie damit neue oder umfangreichere Steuerabzüge (von denen spezifische Wählergruppen profitieren) oder senkt den Steuerfuss. Keine der Massnahmen kompensiert die warme Progression korrekt.

Empfehlungen

Um die **kalte Progression** zu kompensieren, werden die Steuertabellen jährlich an die Inflation, gemessen als **Landesindex der Konsumentenpreise**, angepasst. Dafür werden die **Einkommengrenzen der Steuertarife** – und alle in absoluten Zahlen definierten Abzüge – um die Inflationsrate **erhöht**. Um auch die **warme**

Progression korrekt zu kompensieren, müsste dies neu einfach auf Basis der Entwicklung des **Nominallohnindex** getan werden. Damit würden jegliche **Verteilungseffekte vermieden**, und es wäre gewährleistet, dass die Steuerlast nicht mehr automatisch stärker als die Kaufkraft der Löhne steigt.

